

# HSD NR. 768

Das Verköndungsblatt der Hochschule  
Herausgeberin: Die Präsidentin

16.03.2021  
Nummer 768

## **Dritte Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Exhibition Design“ an der Hochschule Düsseldorf**

**Vom 16.03.2021**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. S. 547) in der aktuell gültigen Fassung hat die Hochschule Düsseldorf die folgende Ordnung als Satzung erlassen.

### **ARTIKEL I**

Die Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Exhibition Design“ an der Hochschule Düsseldorf vom 25.08.2015 (Verköndungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 406), geändert durch Satzung vom 18.02.2016 (Verköndungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 433) und Satzung vom 17.01.2017 (Verköndungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 529), wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltverzeichnis wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angaben zu §§ 4 bis 5a werden wie folgt gefasst:
    - „§ 4 Studienbeginn
    - § 5 Studienvoraussetzungen; Auswahlverfahren“
  - b) Die Angabe zu § 5a wird gestrichen.

2. § 5 wird wie folgt gefasst:

#### **„§ 5 – Studienvoraussetzungen; Auswahlverfahren**

(1) Studienvoraussetzungen für die Aufnahme des Studiums in dem unter § 1 aufgeführten Masterstudiengang sind:

1. Bachelor- oder Diplom-Abschluss in Architektur, Innenarchitektur, Kunst, Landschaftsgestaltung, Gestaltung/Design (insbesondere Kommunikationsdesign, Produktdesign, Industriedesign), Museologie, Kulturwissenschaft oder adäquaten Studiengängen oder Studiengängen, deren Studienverlauf einen Schwerpunkt zu Ausstellungsdesign/Exhibition Design erkennen lässt, mit mindestens 180 ECTS-Punkten bzw. Credits an einer inländischen oder ausländischen Hochschule mit einer Gesamtnote von mindestens 2,5 bzw. einem ECTS-Grad von mindestens B.
2. Die Feststellung der studiengangbezogenen künstlerisch-gestalterischen Eignung gemäß § 4 Abs. 2 S. 2 der Ordnung zur Feststellung der studiengangbezogenen künstlerisch-gestalterischen Eignung für den Masterstudiengang Exhibition Design an der Hochschule Düsseldorf in der jeweils gültigen Fassung.
3. Die gemäß § 3 Abs. 3 RahmenPO notwendigen deutschen Sprachkenntnisse. Diese müssen der Niveaustufe C1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) entsprechen.

(2) Zur Bestimmung der Gesamtnote gemäß Absatz 1 Nummer 1 ist Inhaberinnen und Inhabern eines nicht mit einer Abschlussnote versehenen Akademiebriefs einer Kunsthochschule Gelegenheit zu einem Einstufungstest zu geben. Bei einer Ernennung zur Meisterschülerin oder zum Meisterschüler wird ihnen die im Bewertungsschema des Studienganges, der zu dem vorangehenden Abschluss führt, beste Note zugeordnet. Die festgestellte Note nach Satz 1 oder Satz 2 ersetzt im Zulassungsverfahren die Note des qualifizierten Hochschulabschlusses nach Absatz 1 Nummer 1.

(3) Zugang zum Studiengang können auch Bewerberinnen und Bewerber erlangen, die zum Zeitpunkt des Bewerbungsschlusses die Studienvoraussetzung gemäß Absatz 1 Nummer 1 noch nicht nachweisen können. Für das Zulassungsverfahren wird die Studienvoraussetzung gemäß Absatz 1 Nummer 1 vorläufig durch den Nachweis einer – nach den bis zum Bewerbungszeitpunkt vorliegenden Prüfungsleistungen ermittelten – Durchschnittsnote ersetzt. Der Nachweis über die Erfüllung der Studienvoraussetzung gemäß Absatz 1 Nummer 1 ist im Falle eines zulassungsbeschränkten Angebots des Studienganges spätestens zehn Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist zu erbringen und im Falle eines zulassungsfreien Angebots spätestens bis zum 15.10. des Jahres der Studienaufnahme zu erbringen; andernfalls erlischt die Einschreibung mit Wirkung für die Zukunft.

(4) Erfüllen mehr Bewerberinnen und/oder Bewerber die Studienvoraussetzungen nach Absatz 1, als Studienplätze zur Verfügung stehen, werden die Studienplätze nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens vergeben. Erfüllen weniger Bewerberinnen und/oder Bewerber die Zugangsvoraussetzungen als Plätze zur Verfügung stehen, findet ein Auswahlverfahren nicht statt. Für das Auswahlverfahren nach Satz 1 wird eine Rangfolge der Bewerbungen nach ihrer Eignung gebildet. Zur Bildung der Rangfolge wird eine Gesamtnote gebildet, die sich zu 51 % aus der Note des qualifizierten Hochschulabschlusses im Sinne des Absatz 1 Nummer 1 und zu 49 % aus der Note der Prüfung zur Feststellung der studiengangbezogenen künstlerisch-gestalterischen Eignung im Sinne des Absatz 2 Nummer 2 zusammensetzt. Die Gesamtnote wird auf zwei Dezimalstellen hinter dem Komma gerundet. Besteht nach der Gesamtnotenbildung zwischen einzelnen Bewerberinnen und/oder Bewerbern Ranggleichheit, so bestimmt sich die Rangfolge zwischen diesen Bewerberinnen und/oder Bewerbern nach dem Los.“

3. § 5a wird aufgehoben.
4. § 7 Abs. 3 S. 2 wird aufgehoben.

5. In § 7a werden die Absätze 1 bis 4 durch die folgenden Absätze ersetzt:
- „(1) Kandidatinnen und Kandidaten, die aufgrund einer Behinderung oder chronischen Erkrankung oder aufgrund der mutterschutzrechtlichen Bestimmungen an der Absolvierung einer Prüfungsleistung oder dem Erwerb einer studienbegleitenden Leistung (Testats) in der vorgesehenen Weise verhindert sind, wird auf Antrag durch den Prüfungsausschuss ein angemessener Nachteilsausgleich gewährt. Der Nachteil nach Satz 1 ist abhängig von Art und Schwere durch die Verlängerung der Prüfungsdauer, die Änderung der Prüfungsform und/oder die Benutzung von Hilfsmitteln und Hilfspersonen auszugleichen. In besonders schwerwiegenden Fällen können auch die Zahl und die Voraussetzungen für die Wiederholung von Prüfungsleistungen angepasst werden. Bei vorübergehenden Behinderungen können sonstige angemessene Maßnahmen getroffen werden.
- (2) Nachteile bei der Erbringung von Modulprüfungen bzw. studienbegleitenden Leistungen aufgrund der Schwangerschaft, der Entbindung oder der Stillzeit sollen nach Maßgabe des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) vermieden oder ausgeglichen werden. Zeigt die Kandidatin gemäß § 15 Abs. 1 MuSchG gegenüber der Hochschule an, dass sie schwanger ist bzw. stillt, werden durch den Prüfungsausschuss für und in Abstimmung mit der schwangeren bzw. stillenden Kandidatin notwendige Ausgleichsmaßnahmen nach Maßgabe des Absatzes 1 benannt. Für die Zeit vor und nach der Entbindung muss die Kandidatin aktiv erklären, an Modulprüfungen bzw. studienbegleitenden Leistungen teilnehmen zu wollen, obwohl die Schutzfristen des § 3 MuSchG gelten. Zur Bestimmung geeigneter und angemessener Ausgleichsmaßnahmen wird der Prüfungsausschuss durch das Familienbüro der Hochschule beraten.
- (3) Anträge auf Nachteilsausgleich sind im Regelfall bei der Anmeldung zu einer Modulprüfung oder spätestens zwei Wochen vor der jeweiligen Modulprüfung bzw. studienbegleitenden Leistung zu stellen. Der auszugleichende Nachteil ist glaubhaft zu machen. Der Prüfungsausschuss kann verlangen, dass die Glaubhaftmachung durch ein ärztliches Attest oder sonstige geeignete Nachweise erfolgt.“
6. In § 8 Abs. 1 S. 3 wird nach dem Wort „Mitgliedern“ die Angabe „; die Mitglieder des Prüfungsausschusses müssen nicht dem Fachbereichsrat angehören“ eingefügt.
7. § 10 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird nach dem Wort „die“ und vor den Wörtern „in Studiengängen“ die Angabe „in einem anderen Studiengang an der Hochschule Düsseldorf,“ eingefügt.
- bb) Folgender Satz wird angefügt:
- „Eine Übereinstimmung des Prüfungsstoffes sowie der Art und Dauer der Prüfung sind nicht erforderlich; eine Prüfung der Gleichwertigkeit findet nicht statt.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Das Wort „Sonstige“ wird durch die Wörter „Auf andere Weise als durch ein Studium erworbene“ ersetzt.
- bb) Folgender Satz wird angefügt:
- „Der Umfang der Anerkennung im Sinne von Satz 1 ist auf maximal 50 % der auf den Studiengang entfallenden Credits begrenzt.“
- c) Absatz 4 wird aufgehoben.
- d) Absätze 5 und 6 werden zu Absätzen 4 und 5.
- e) Absatz 7 wird zu Absatz 6 und in Satz 3 werden nach dem Wort „Ist“ die Wörter „keine Note ausgewiesen oder“ eingefügt.
- f) Absatz 8 wird zu Absatz 7.

8. In § 12 werden die Absätze 1 und 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:  
„Zur Masterprüfung kann nur zugelassen werden, wer an der Hochschule Düsseldorf auf Grundlage der Einschreibungsordnung der Hochschule Düsseldorf in ihrer jeweils gültigen Fassung in dem in § 1 bezeichneten Studiengang eingeschrieben oder als Zweithörerin oder Zweithörer im Sinne von § 52 Abs. 2 HG zugelassen ist.“
9. § 13 werden die Absätze 1 und 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:  
„Die Zulassung zur Masterprüfung erfolgt durch die Zulassung zur ersten Prüfung des Studiums durch den Prüfungsausschuss.“
10. § 20 Abs. 4 wird aufgehoben.
11. In § 24 werden die Absätze 1 und 2 durch die folgenden Absätze ersetzt:  

„(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der Absolventin oder dem Absolventen auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Stellungnahmen der Prüferinnen und Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Auf Antrag wird außerdem eine Kopie oder eine sonstige originalgetreue Reproduktion ausgehändigt, wenn die Absolventin oder der Absolvent zuvor erklärt, dass die Kopie nur der eigenen Information dient und sie oder er eine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe unterlässt. Die Weitergabe an einen Rechtsbeistand zur Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in einem Prüfungsrechtsverfahren bleibt hiervon unberührt.

(2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Jahres nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Bachelor- bzw. Masterprüfung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. § 32 VwVfG NRW über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend. Die oder der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine schriftliche Prüfung beziehen, wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf Antrag bereits nach Ablegung der jeweiligen Prüfung gestattet. Der Antrag ist binnen eines Jahres nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.“

## ARTIKEL II

Diese Änderungssatzung tritt mit Wirkung vom 01.09.2020 in Kraft und wird im Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf bekannt gegeben.

## ARTIKEL III

Die Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Exhibition Design“ vom 25.08.2015 wird unter Einbeziehung der Satzungen vom 18.02.2016 und 17.01.2017 sowie der in Artikel I aufgegebenen Änderungen durch die Präsidentin neu bekannt gemacht.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse der Fachbereichsräte des Fachbereichs Architektur vom 25.02.2020 und 19.11.2020 und des Fachbereichs Design vom 27.02.2020, 03.03.2020 und 21.01.2020 sowie der Feststellung der Rechtmäßigkeit durch das Präsidium am 10.02.2021.

Düsseldorf, den 16.03.2021

gez.  
Die Dekanin  
des Fachbereichs Design  
der Hochschule Düsseldorf  
Prof. Mone Schliephack

## **HINWEIS AUF DIE RECHTSFOLGEN NACH § 12 ABS. 5 HG**

Nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntgabe dieser Ordnung kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule Düsseldorf nur unter den Voraussetzungen des § 12 Abs. 5 Nr. 1 - 4 HG geltend gemacht werden; ansonsten ist eine Rüge ausgeschlossen.